KANZLERIN

„Afghanenfreie“ Zone

Aus Furcht vor einem Anschlag auf Bundeskanzlerin Angela Merkel hat die Bundeswehr ihren Stützpunkt Camp Marmal bei Masar-i-Scharif in der vergangenen Woche vorübergehend zur „afghanenfreien“ Zone erklärt. Sämtliche einheimischen Mitarbeiter wurden ausgesperrt. Betroffen von dem Misstrauen waren fast tausend der sogenannten Ortskräfte, die unter anderem für Bauarbeiten, bei der Müllabfuhr oder in der Kantine eingesetzt werden. Einige

Merkel, Bundeswehrsoldaten

ACTION PRESS

betreiben auch einen Souvenir-Basar auf dem Gelände. Zum Schutz der Kanzlerin, die ihren Blitzbesuch bei den Truppen am Hindukusch nicht einmal dem Außenministerium angekündigt hatte, waren in Masar-i-Scharif auch Soldaten der Schnellen Eingreiftruppe QRF im Einsatz. Vermummte Elitesoldaten des Kommandos Spezialkräfte waren auf Hausdächern längs der Fahrtrouten der Kanzlerin postiert. Merkel hielt sie zunächst für Bauarbeiter.

PATRICK PLEUL / PICTURE-ALLIANCE / DPA

GENTECHNIK

Aigner unter Druck

Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) gerät bei ihren Plänen für ein Verbot des kommerziellen Anbaus von gentechnisch veränderten Pflanzen in Schwierigkeiten. Voraussichtlich in der kommenden Woche wird Aigner verkünden, ob sie die Aussaat von MON 810 untersagt. Der Mais des Saatgutunternehmens Monsanto ist derzeit die einzige Genpflanze, die Bauern auf die Äcker bringen dürfen. Intern hat Aigner ihre Beamten angewiesen, alle Argumente zu sammeln, die ein Verbot rechtfertigen würden. Ihre Fachleute argumentieren jedoch, dass es sehr schwer ist, die Schädlichkeit von MON 810 für die Natur juristisch wasserdicht darzulegen. Deswegen bestehe die Gefahr, dass Monsanto mit einer Klage gegen einen Verbotsbescheid Erfolg haben werde. Am Ende könnte der US-Konzern sogar Schadensersatzansprüche in Höhe von sechs bis sieben Millionen Euro zugesprochen bekommen. Aigner steht aber innerparteilich unter starkem Druck, MON 810 zu verbieten. Insbesondere CSU-Chef Horst Seehofer möchte im anstehenden Europa- und Bundestagswahlkampf die Skepsis der Deutschen gegen die Gentechnik für seine Partei nutzbar machen. Die Schwesterpartei CDU warnt dagegen eindringlich vor einem Verbot der grünen Gentechnik in Deutschland. Die stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion im Bundestag, Katherina Reiche (CDU), macht die „unverantwortliche Stimmungsmache der CSU“ mitverantwortlich dafür, dass der Bayer-Konzern ein Labor für Pflanzengentechnik in Potsdam aufgibt und nach Belgien verlagert. Kritik kommt auch aus der Wissenschaft: Die Partei riskiere „einen Exodus der Forscher“, sagt der Präsident der TU München, Wolfgang Herrmann.

DER MÜNCHHAUSEN-TEST

WOLF P. PRANGE / IMAGO

„Wir von der IG Metall waren bei den Ersten, die den Ernst der Lage erkannt haben.“

IG-Metall-Chef **Berthold Huber** in der „Stuttgarter Zeitung“ vom 6. April zur Wirtschaftskrise

DIE FAKTEN

Das weltweite Banken- und Börsenbeben mit seinen dramatischen Folgen für die globale Wirtschaft wurde für alle am 15. September 2008 sichtbar. An jenem Tag kollabierte die New Yorker Investmentbank Lehman Brothers. Vielen Politikern, Wissenschaftlern und Unternehmern war schnell klar, dass die Pleite dramatische Folgen haben würde: „Die Welt wird nicht wieder so werden wie vor dieser Krise“, mahnte Bundesfinanzminister Peer Steinbrück in einer Regierungserklärung, „wir stehen vor einer Epochenwende“, sagte der Wirtschaftsweise Peter Bofinger. Zeitungen und Nachrichtensendungen überschlugen sich mit düsteren Prognosen („Die Finanzkrise erschüttert Europa“, „Industrieländer schlittern in die Rezession“).

DER TEST

Während alle Welt über die ökonomischen Folgen des Finanzdesasters diskutierte, kämpfte Gewerkschaftschef Huber um acht Prozent mehr Lohn für seine Metallarbeiter. Der Bankenkrach irritierte ihn offenkundig nicht. „Die Auswirkungen auf die reale Wirtschaft sind doch bereits zu besichtigen“, hielt der SPIEGEL dem IG-Metall-Chef am 13. Oktober 2008 vor. Hubers Antwort – vier Wochen nach der Lehman-Pleite: „Ich sehe in unserer Branche derzeit keine Krise.“

DAS FAZIT

Unter „den Ersten, die den Ernst der Lage erkannt haben“, war die IG Metall nun wirklich nicht.